

Kandidatur als Mitglied im Bundessprecherrat (BspR) der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Hartz IV



Name: Gudrun Schumann

Alter: 64 Jahre

Wohnort: Zwönitz/Erzgebirge im Sachsenlände

Familienstand:

Verheiratet seit 1978,

zwei Kinder, geboren 1983 und 1990

seit 2014 getrennt lebend auf Grund von jahrelanger Hartz IV-Betroffenheit ohne Perspektive auf Änderung

bisherige Erwerbstätigkeiten:

1973-1976 Ausbildung zur Facharbeiterin (Fa.) für Betriebs-, Meß-, Steuer- und Regelungs (BMSR-) Technik in den Leunawerken, heute vergleichbar mit Beruf Mechatronikerin

1976 -1981 Oberflächenveredlerin im Walzwerk Hettstedt und Galvaniseur (erworben in der Erwachsenenqualifizierung) im Meßgerätewerk Zwönitz (MWZ)

1981-1992 Disponentin in der Galvanik des MWZ

1992-1994 Umschulung zur Kauffrau für Bürokommunikation

1997, 1999, 2002 (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) bei der Stadtverwaltung Zwönitz),

2006-2011 Produktionsmitarbeiterin Galvanotechnik Baum GmbH auf Geringfügigkeitsbasis

2010 bis 2013 Kauffrau für Bürokommunikation bei einem Mitglied des Bundestages (MdB) auf Teilzeitbasis

Fazit:

Trotz sehr guter Erwerbsarbeitsleistungen seit der Geburt meines zweiten Kindes 1990 bis April 2020 bis auf kurze Intermezzos erst auf Arbeitslosenhilfe -(AIHI), ab 2005 auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen, seit 01. Mai 2020 Vorruhestandsrentnerin mit Abzügen

Parteifunktionen:

1976-1990 verschiedene Funktionen in der Freien Deutsche Jugend (FDJ), im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), im Demokratischen Frauenbund Deutschland (DFD), ehrenamtliche Sanitäterin (Fußball und Motocross) für das Deutsche Rote Kreuz (DRK), Schöffe beim Amtsgericht Aue, Mitglied der Konfliktkommission im Betrieb, Stadtverordnete für den DFD,

1990-2002 Mitglied im Sprecherrat der Basisorganisation der PDS Zwönitz

1992-2006 berufene Bürgerin im Finanzausschuss der Stadt Zwönitz

2002-2004, 2006-dato Vorsitzende des Ortsverbandes (OV) erst PDS dann DIE LINKE Zwönitz

1994-2007, Mitglied im Kreisvorstand der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) bzw. Stvtr. Kreisvorsitzende PDS Stollberg

2004-2007, 2019-dato Mitglied im Landesrat (LR) Sachsen,

2007-2009 Mitglied Kreisvorstand Die LINKE Erzgebirgskreis,

2009-2016 Mitglied Landesfinanzrevisionskommission Sachsen

2012-2014 Sprecherin der BAG Hartz IV

2015-dato Sprecherin der BAG Gesundheit und Soziales,

2009-dato Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Gegen Hartz IV in und bei der Linken Sachsen

2014-dato Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft (AG) LISA Erzgebirgskreis,

In meinem bisherigen Leben war ich also nie arbeitslos, ich war ab 1990 meist erwerbslos. Beachtet bitte den feinen Unterschied! Hartz IV-Betroffene sind nicht arbeitsfaul, sie bekommen ihre Arbeit nicht oder ihre Erwerbsarbeit nicht ausreichend bezahlt oder der Kapitalismus setzt sie aufgrund gesundheitlicher, altersmäßiger und mitunter auch persönlicher Einschränkungen einfach auf die „Straße“. Für diese Menschen muss der Staat sorgen, damit man das Elend dieser Menschen nicht sieht. Für diese Menschen wurde vom „Wirtschaftsfachmann“ und Steuerhinterzieher Peter Hartz ein teuflischer Vierter Plan mit dem Konstrukt der Bedarfs-, Wirtschaftsgemeinschaften und Sanktionen bei Zuwiderhandlungen gegen diesen Plan ausgetüftelt, welcher mit weiteren Verschärfungen vom Staat im Sozialgesetzbuch (SGB) II festgeschrieben wurde. Daher

stammt der Name Hartz IV. An sich sind das die Leistungen, die eine Bedarfs- oder Wirtschaftsgemeinschaft nach dem SGB II vom Staat zu erhalten hat.

Der Regelbedarfssatz (RBS) im SGB II für 2021 liegt für einen Alleinstehenden Erwachsenen bei 446,00€, Ehe- oder andere Partner bei 401,00€ (90%), je zum Haushalt gehörendem Kind von 0-5 Jahren bei 373,00€, von 6-13 Jahren bei 309,00 € und von 14-17 Jahren bei 373,00 €. Das reicht nicht zum würdevollen Leben, bestenfalls zum rein physischen Überleben des Körpers. Zudem werden zum Haushalt gehörende erwerbsfähige Kinder (ab 15 Jahren bis 25 Jahren) nach Auszug aus der Wohnung der Eltern ohne Zustimmung des Jobcenters (Träger) mit nur 357,00€ als RBS (ohne Berechnung von Einkommen) abgespeist. Zum Bedarf der BG gehört ebenso die Miete plus Nebenkosten, aufgeteilt auf die im Haushalt lebenden Personen, im SGB II als angemessene Kosten der Unterkunft (KdU) bezeichnet.

Der RBS wird jährlich durch die Bundesregierung und den Bundestag festgelegt, die auf die Einzelverbrauchsstichproben aller paar Jahre zurückgehen und dann meist noch einmal nach unten korrigiert werden. Bei einigen Positionen lässt sich das beweisen, bei anderen nur schwer. Dennoch ist klar, dass die EVS und damit die RBS nicht zum Leben im Monat reichen und auch da muss acht gegeben werden, dass Betroffene wenigstens über den Monat kommen. Dafür muss die Fraktion der DIE LINKE weiterhin kämpfen und stärker als bisher!

Die für Hartz IV-Betroffene angemessenen KdU werden in den meisten Landkreisen der BRD meist unreell vom wirklich vorhandenen preiswerten Wohnraum sowie in Größe und Höhe der Miete zu niedrig angesetzt. Im Gegensatz zum BRS werden diese KdU nicht von der Bundesregierung und dem Bundestag beschlossen, sondern von den Landkreisregierungen und dem jeweiligem Kreistag. Somit kommt den Fraktionen der LINKEN in den Landkreisen und den Landesregierungen die Aufgabe zu, über die Höhe und Größe der Angemessenheit der KdU von Hartz IV-Betroffenen zu befinden, die Unterlagen der Berechnungen aufmerksam zu prüfen und Änderungen herbei zu führen. Hier könnten Landesregierungen mit Linkenbeteiligung mit gutem Beispiel vorangehen und positive Beispiele sind öffentlichkeitswirksam publik zu machen.

Das SGB II Gesetz verstößt gegen den Gleichstellungsgrundsatz im Artikel 5 des Grundgesetzes der BRD und ist familienfeindlich.

Die im SGB II verankerten unmenschlichen Sanktionen und den konstruierten Bedarfs-Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften (BG, WG) zerstören intakte Familien, weil es die/den gegebenenfalls (ggf.) Erwerbsarbeit Leistende/n zwingt, mit dem Hartz IV-Bedarfsregelsatz (BRS) zu leben, obwohl zumindest diese/r den allgemein gültigen und vom Bundestag beschlossenen Pfändungsfreibetrag in Höhe von derzeit 1193 € zum Leben zur Verfügung haben muss. (in meiner BG wurde meinem Mann sein Einkommen soweit aufgeteilt dass ihm an Bedarf bei Ausschöpfung aller Freibeträge (Pauschal 100€ plus wegen Erwerbsarbeit) und der anteiligen KdU bei Berücksichtigung eines Kindes ein Bedarf von 883,00 € verblieb. Das wären 300 € weniger, als ihm als Alleinstehenden zum Leben zur Verfügung stände. Das ist staatlicher Zwang, trotz Vollzeitbeschäftigung und Erwerbsarbeit in Armut zu leben. Hier wäre es unbedingt erforderlich, Betroffene Familien oder Alleinerziehenden bei der Klage gegen Bescheide mit der Hilfe linksgerichteter Anwaltsarbeit zu unterstützen, um die jeweiligen Klagen und Berufungen bis zum Bundessozialgericht und dem Verfassungsgericht zu begleiten und hier eine Änderung im positivem Sinne herbeizuführen.

Das SGB II ist kinderfeindlich.

Das Kindergeld und die Unterhaltszahlungen für jedes Kind werden im **SGB II** mit den Bedarfsregelsatzleistungen verrechnet, so dass es den Gesamtbedarf der BG schmälert. Zudem gilt das seit 2018 gültige neue Unterhaltsvorschussgesetz, so gut es ansonsten für Alleinerziehende ist, nur für Alleinerziehende mit über den BRS liegenden Einkommen. Das lässt die Kinderarmut weiter explodieren. Auch hier ist sowohl mit den Bundestagsabgeordneten als auch mit dem Bundesratsmitgliedern Kontakt aufzunehmen, um diese für diese Problematik zu sensibilisieren, dann eine e-petition zu starten, die Fraktionen der LINKEN und unsere Landesvertreter/-innen der Länder mit linker Regierungsbeteiligungen zum Agieren darum zu befähigen, um auch den Kindern der Alleinerziehenden im SGB II diesen UVG zugute kommt und nicht als Einkommen der Kinder verrechnet wird. Gleiches gilt für das Kindergeld pro Kind.

Hartz IV-betroffene Menschen erhalten nach dem SGB II nur das Existenzminimum vom Staat. Da Sanktionen wegen meist nur angeblichen Verfehlungen immer noch möglich sind, ist dieses SGB II unmenschlich.

Hartz IV-betroffene Menschen werden als faule, drogenabhängige asoziale Nichtsnutze bezeichnet und wie Müll in den Dreck der Gesellschaft geworfen. Dabei ist dieses Gesetz der reichen BRD unwürdig und gehört auf den Müll der Geschichte!

Die meisten Hartz IV-Betroffenen arbeiten sehr wohl, nur eben nicht erwerbsmäßig. Außerdem setzt dieser Kapitalismus andauernd Arbeitskräfte frei, die nicht immer neue Arbeitsplätze finden. Solange aber das Jobcenter und die Arbeitsämter Gelder für Qualifizierung und Bildungsmaßnahmen permanent an das Ministerium für Arbeit und Soziales zurücküberweisen, solange darf sich auch niemand beschweren, dass ausrangierte Arbeitskräfte keine andere Erwerbsarbeit finden.

Hartz IV-betroffene Menschen werden krank von Leistungen nach dem SGB II.

Die Isolation innerhalb der Gesellschaft setzt ihnen ohnehin schon zu. Aber in diesen Pandemiezeiten werden die verbliebenen Kontakte per Gesetze weiter eingeschränkt und diese Betroffenen und ihre Kinder zum größten Teil sich selbst überlassen. Dass vervielfacht die Isolation und das Aussenseiterdasein, schon vorhandene Depressionen vor allen der Kinder noch mehr, können sich doch Hartz IV-Betroffene keine Strafen in Höhe von 60€ bei Nichtbeachten der Landesgesetze (Maskenpflicht, Ausgehsperr, Umkreisbewegungen von 15 km) Masken kosten übrigens auch Geld und sind im BRS nicht enthalten. 300 € Ausgleichszahlungen für 2020, wo fast überall die Tafeln ihre Tätigkeit einstellten, sind echt ein Hohn. Kommunikation der Hartz IV-Betroffenen über Videokonferenzen ohne Laptop ist kaum möglich, Homeschooling wegen fehlender technischer Geräte ebenso wenig. Das mindert die Chancengleichheit weiter.

Hartz IV-betroffene Menschen können Strom und Miete nicht mehr bezahlen und werden obdachlos.

Hartz IV-betroffene Menschen hungern in dieser so reichen BRD!

Bei Hartz IV-betroffenen Menschen sind Schuldenfallen vorprogrammiert.

Viele Hartz IV-Betroffene Menschen sind suizidgefährdet.

Hartz IV-betroffene Menschen können Gesundheitsausgaben nicht mehr tätigen. Leistungen der Krankenkassen werden immer mehr gestrichen und privat zu bezahlen sind. Selbst die Stärkung der Immunsysteme mit diesem mickrigen BRS ist nicht möglich. Während sich Normalverdienende noch Obst und Gemüse leisten können, notfalls auch Vitamine als Ersatz in Tablettenform oder rezeptfreie Medizin kaufen können, ist dies Hartz IV-betroffenen Menschen nicht möglich. Selbst ausreichender Mund- und Nasenschutz ist nicht möglich.

Alles das betrifft übrigens auch Menschen, deren Renten- oder Erwerbsunfähigkeitsansprüche unter dem Mindestwert von ca. 600€ liegen. Für diese (und die Kinder von Leistungen nach dem SGB II abhängigen) ist das Sozialgesetzbuch XII anzuwenden. Diese Menschen haben aber den gleichen Bedarfsregelsatz (BRS) wie die Menschen mit Ansprüchen auf Leistungen nach dem SGB II. Allerdings unterscheiden sich beide SGB in einigen Paragrafen. Entgegen dem BRS im SGB II, den nur die Bundesregierung und der Bundestag festlegen kann, kann der im SGB XII genannte Mindest-BRS von den Ländern eigenverantwortlich auch höher festgelegt werden. Allein der Freistaat Bayern hat diese Möglichkeit der Erhöhung des BRS nach Einführung des SGB XII in der BRD schon kurz nach Einführung genutzt. Mir ist auch nicht bekannt, dass die Fraktionen der DIE LINKE in den Ländern dahingehend Anstrengungen unternommen hätten. Auch darauf gilt es mehr Augenmerk zu legen. Gerade oder auch deshalb ist die Gründung und folgend die Koordinierung der Zusammenarbeit der LAG`n Hartz IV mit der BAG Hartz IV so wichtig. Gerade deshalb ist ein toleranter, auf gegenseitiger Achtung basierender Dialog zwischen BspR der BAG Hartz IV und den einzelnen Sprecher/-innen der LAG`n Hartz IV und deren Mitgliedern zu führen.

Fakt ist:

Das SGB II als auch das SGB XII ist eine krasse Zumutung für jeden Menschen.

Da hilft nur eins:

Hartz IV, also das SGB II und SGB XII muss weg.

Stattdessen ist eine neue Sozialgesetzgebung von I bis XII nötig. In Bezug auf Erwerbslosigkeit ist nach einem verlängertem Arbeitslosengeld I (Grundlage die Arbeitslosenversicherung) eine **sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung von derzeit 1200 € ggf. Wohngeld und gekappte Mieten sowie eine Kinder-Grundsicherung von 542 € Mindestrente von ebenfalls 1200€** und ein **Mindestlohn von 14,50€** eingeführt werden.

Die Mindestrente und die Mindestsicherung wurden in Höhe der Pfändungsfreigrenze angesiedelt. Diese wird bestimmt durch das, was ein Mensch unbedingt zum würdevollem Leben braucht, um zu Essen, zu Trinken, zu Wohnen und am gesellschaftlichen Leben teil zu haben. Diese Pfändungsfreigrenze wird seit Jahren vom Bundestag beschlossen und wird zweijährig an die aktuellen Gegebenheiten angepasst und liegt derzeit bei 1200 €.

Der Mindestlohn richtet sich an der Mindestrente aus. Das heißt, um diese 1200 € Mindestrente zu erreichen, muss ein Mindestlohn von 14,50€ zu Grunde gelegt werden. Anders ist es nicht möglich, armutsfeste Renten von 1200€ zu erreichen, zumal Erwerbsbiografien in diesem kapitalistischem System selten lückenlos sind. Jeder halbwegs vernünftig denkende Mensch weiß, dass ab einem gewissen Alter und bei Behinderungen kaum noch die Chance auf Erwerbsarbeit besteht. Auch die noch abhängig Beschäftigten und die Klein- und Mittelständler sind immer mehr von Leistungen nach dem SGB II, also von Hartz IV betroffen. Daher nehmen sie auch völlig inakzeptable Arbeitsbedingungen in Kauf und kämpfen nur selten dagegen an, ist die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften rückläufig. Das wird nach der Pandemie noch schlimmer. Im Übrigen ist auch mit dem derzeitigem Mindestlohn von 10,19 € ein/e Arbeitnehmer/-in ggf. noch von Hartz IV-betroffen. Jedenfalls sind die vier M's (Mindestsicherung, Mindestrente, Mindestlohn und Mietenkappung) die Säulen, die unbedingt im Zusammenhang gesehen und einheitlich propagiert werden müssen. Eins allein und losgelöst voneinander umzusetzen, macht wenig Sinn und forciert nur das Auseinanderdividieren der Bevölkerung. Eine Zusammenarbeit zwischen BAG Hartz IV, Gesundheit & Soziales (G&S) und Betrieb und Gewerkschaft (B&G) ist zur Erreichung unserer Ziele unerlässlich.

Die nächsten Jahre werden aufgrund der Pandemiefolgen richtig krass. Gesundheit ist nun mal keine Ware und darf genau wie andere Teile der Daseinsvorsorge nicht den Profitinteressen unterworfen werden. Und doch schließt die Bundesregierung selbst jetzt in Pandemiezeiten weitere Krankenhäuser und beschwert sich anschließend, dass diese an ihre Aufnahmegrenzen geraten. Das ist mehr als zynisch. Zudem werden die Parlamente ihrer Rechte beraubt. Sonderermächtigungsgesetze von Gesundheitsminister Spahn, der von Medizin kaum eine Ahnung hat, sind an der Tagesordnung. Hier gilt es, generell umzusteuern, in den Regierungen des Bundes, der Länder, der Landkreise und den Städten und Gemeinden. Dafür braucht es eine Führung des Bundes durch die Linke, aber dafür muss DIE LINKE auch Kritiken an dem Zustand im Bund kanalisieren und bündeln. Für die Durchsetzung all dieser genannten Ziele will ich mich im vorrangig als Linke und in der BAG Hartz IV, BAG B & G und der BAG G&S einsetzen. Ich weiß sehr wohl, dass es unter den derzeitigen Pandemiebedingungen und Mehrheitsverhältnissen im Deutschen Bundestag schwer möglich sein wird, unsere Forderungen kurzfristig umzusetzen. Aber wir sollten uns davor hüten, nur weil wir es nicht durchsetzen können, unsere Forderungen herabzusetzen, willkürlich festlegen und zuzusehen, wie Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden, wie gleichgeschaltete Propaganda die Menschen immer mehr zu Objekten der Begierde der Globalplayer des Kapitalismus degradiert werden. Die Mehrheit der Menschen kann man nur mit Wissen, einem schlüssigen Konzept und Glaubwürdigkeit überzeugen. Zur Glaubwürdigkeit gehört, dass DIE LINKE nicht mit Regierungsparteien kungelt, dass jede/r LINKE einen beleidigungs-, diffamierungs-, unterstellungsfreien Umgang mit anderen Menschen pflegt (auch untereinander), dass Rück-, Vor-, Weit- und auch Nachsicht geübt wird und alle friedlich miteinander umgehen. Zum friedlichen Umgang gehört auch, dass man Gesetze, Satzungen und Ordnungen einhält, die Freiheit und die Bedürfnisse des jeweils anderen achtet, wahrheitsgemäß berichtet und argumentiert.

Was mich stört, dass wir von Koalitionen mit der SPD und den Grünen reden, ohne daran zu denken, dass dies als Juniorpartner zuallererst die Aufgabe unserer Friedenspolitik bedeuten würde und als nächstes Abstriche vom Sozialen Programm, vor allem mit Blick auf die von Leistungen nach dem SGB II und XII Betroffenen. Das gilt es zu verhindern! Was mich in der LINKEN auch stört, dass Kritiker der Gesundheitspolitik der BRD und der Pandemiepolitik des Bundes und der Länder in die Ecke der Verschwörungstheoretiker und noch schlimmer in die rechte Ecke gerückt werden und Tendenzen vorhanden sind, die Freiheit der Andersdenkenden mit administrativen Mitteln, mit Verboten und Freiheitseinschränkungen zu begegnen. Was mich stört, dass Macht- und Geltungsinteressen innerhalb unserer Partei und auch in den Zusammenschlüssen oft mit Mitteln durchgesetzt werden, die einer fortschrittlichen und linken Partei einfach unwürdig sind.

Warum nun kandidiere ich für den BspR der BAG Hartz IV?

Als Mitglied des BspR der BAG Hartz IV will ich alles dafür tun, das Los der Hartz IV- und auch der vom SGB XII Betroffenen zu verbessern, die Bedarfsgemeinschaften mit Hilfe einer e-petition und anschließenden Anhörung im Bundestag anregen, diese aufzulösen, an der weiteren Durchsetzung der Ziele einer individuellen sanktionsfreien Mindestsicherung und Mindestrente von 1200€, einer Kindergrundsicherung von 542€ sowie einem Mindestlohn von 14,50€, in und der Mietenkappung zu arbeiten, das Kindergeld und den Unterhaltsvorschuss anrechnungsfrei auf Einkommen zu stellen, das koordinierte Vorgehen aller Parlamente und Sozialverbände und in dieser Hinsicht auch

die Zusammenarbeit der betroffenen BAG`n in der LINKEN zu fördern als auch auf einen toleranten Umgang unter uns zu sorgen.

Wir müssen alle zusammen halten, wenn wir die Menschheit auf unserem Planeten Erde nicht dem Untergang weihen wollen. Es dauert nicht mehr lange, bis die Auswirkungen der Kriegstreiberei, der Arbeitskraftvernichtung, der Umweltvernichtung, die Auswirkungen des hemmungslosen Kapitalismus diese Menschheit und das Leben auf der Erde vernichtet haben. Dagegen will ich meine gesamte noch verbleibende Kraft trotz meines Rentenalters einsetzen! Und daher bitte ich um euer Vertrauen.

Gudrun Schumann